


March 2022 | DE

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS
- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR
- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

# GRUSSWORT



## Frieden ist die einzige Schlacht, die es wert ist, geführt zu werden

**Der Krieg in der Ukraine hat uns auf brutale Art und Weise in Erinnerung gerufen, wozu die EU geschaffen wurde – um den Frieden in Europa dauerhaft zu bewahren. Leider ist dies in Vergessenheit geraten. Vor allem die junge Generation hat allmählich das Interesse am europäischen Narrativ vom Frieden verloren. Auf einmal wird uns wieder bewusst, dass „Frieden die einzige Schlacht ist, die es wert ist, geführt zu werden“, wie Albert Camus es formulierte. Wir müssen weiter für Veränderungen kämpfen, wo sie erforderlich sind.**

Der russische Überfall auf die Ukraine hat den schlimmsten Alptraum des 20. Jahrhunderts erneut Wirklichkeit werden lassen: Krieg auf dem europäischen Kontinent. Wieder einmal wird die territoriale Integrität eines Landes in Frage gestellt. Damit drohen auch Hunger und Völkermord. Die russische Aggression verstößt gegen alles, was europäisch und demokratisch ist. Europa kann und wird das nicht tolerieren. Frieden ist das Fundament der Europäischen Union. Die Union stützt sich auf die Macht des Gesetzes – nicht auf das Gesetz der Macht.

Vor zehn Jahren wurde der Europäischen Union als Anerkennung für 60 Jahre Frieden, Versöhnung und Demokratie der Friedensnobelpreis verliehen. Die EU muss auch künftig die Hüterin von Frieden und Demokratie nicht nur in Europa sein und diese Rolle noch weiter ausbauen.

Die größte Herausforderung für Europa sind jetzt der Krieg und seine Folgen: Migration, weitere Inflation, steigende Energiepreise und die nötige Aufrüstung. Die bisherigen Herausforderungen wie COVID-19, die Bekämpfung des Klimawandels oder der Aufbau der strategischen Autonomie Europas bleiben jedoch bestehen. Wir müssen all diese Herausforderungen angehen und unserem Nachbarn – dem ukrainischen Volk – weiterhin zur Seite stehen. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Schlussfolgerungen des informellen EU-Gipfeltreffens in Versailles. Sie spiegeln die Empfehlungen des EWSA wider, die militärischen Maßnahmen auf ukrainischem Boden unverzüglich zu beenden, die Menschen in der Ukraine sowie die ukrainischen Flüchtlinge zu schützen und Europas Autonomie, insbesondere im Energiesektor, zu stärken.

Die Zeiten sind schwierig, vor allem, weil wir nach COVID-19 und den jüngsten Lockdowns noch immer erschöpft sind. Dennoch müssen wir den derzeitigen Geist der Einheit aufrecht erhalten. Einer Sache bin ich mir sicher: Eine resiliente Demokratie baut ihre Stärke und Vitalität auf dem auf, was im antiken Griechenland als „Demos“ bezeichnet wurde: dem Volk – egal, ob Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen! Nur vereint können wir unsere

europäische Zukunft gestalten.

Wir haben jetzt das gemeinsame emotionale Anliegen und das Gefühl der Verantwortung für das europäische Projekt wiedergefunden, die uns in letzter Zeit abhanden gekommen sind – FRIEDEN.

**Christa Schweng**,
**Präsidentin des EWSA**

# BITTE VORMERKEN

31. März – 1. April 2022, Brüssel (virtuelle Veranstaltung)

**Your Europe, Your Say! 2022**

31. März 2022, Brüssel (virtuelle Veranstaltung)

**Herausforderungen im Gesundheitsbereich in der EU in Verbindung mit der Pandemie**

8. April 2022, Brüssel

**Beschäftigung junger Menschen mit Behinderungen**

7. Mai 2022, Brüssel (virtuelle Veranstaltung)

**Europatag 2022**



S?AWEK KAMINSKI / GW

## FLUCHT AUS DER UKRAINE

Dank der unermüdlichen und heroischen Arbeit von Journalisten, Fotografen und Kameraleuten werden wir gerade alle zu Augenzeugen der tragischen Ereignisse in der Ukraine. Einer von ihnen, der Fotograf Sławek Kamiński, hat uns Bilder aus dem belarussisch-polnischen Grenzgebiet, Rzeszów und Medyka-Schehyni geschickt.

Heute veröffentlichen wir die ersten dieser Fotos, die an der polnisch-ukrainischen Grenze aufgenommen wurden und wertvolle Zeitzeugnisse sind.

**Sławek Kamiński:** Fotojournalist für die polnische Tageszeitung Gazeta Wyborcza. Er hat mehrere Preise und Auszeichnungen in renommierten Pressefoto-Wettbewerben erhalten und den ersten Preis für das Foto des Jahres im Wettbewerb Grand Press Photo 2019 gewonnen. Sein Archiv bietet einen vollständigen Überblick über die politischen Veränderungen in Polen in den letzten 30 Jahren. Seine Bilder wurden bereits in den meisten polnischen und vielen ausländischen Printmedien und Büchern veröffentlicht. Darüber hinaus war er an großen Werbeprojekten beteiligt. Seine Pressefotos sind auf den Portalen von Wyborcza und Reuters zu sehen.

*Foto: @slawekkaminski.pl auf Instagram*

---




## ÜBERRASCHUNGSGAST

**Jeden Monat stellen wir in der Rubrik „Unser Überraschungsgast“ eine Persönlichkeit vor, deren Arbeit und Engagement andere inspiriert und die durch ihren Mut, ihre Charakterstärke und ihre Entschlossenheit ein Vorbild ist.**

Diesen Monat ist **Sławek Kamiński**, Fotograf für die polnische Zeitung Gazeta Wyborcza, zu Gast bei EWSA info. Auf seinen Fotos vermittelt er uns Eindrücke von der ukrainisch-polnischen Grenze.

Ähnliche Szenen spielen sich auch an anderen Grenzübergängen ab, denn die Menschen fliehen aus der Ukraine in mehrere europäische Länder: Polen, Ungarn, Rumänien, Moldau oder die Slowakei.

Obwohl Sławek Kamiński ein erfahrener Fotograf ist, der bereits oft menschliches Elend miterlebt hatte, war er sehr ergriffen beim Anblick der ukrainischen Mütter und Kinder, die sich bei der Einreise nach Polen in Rzeszów, Przemyśl und Medyka-Schehyni von ihren Männern und Vätern verabschiedeten, die in ihr Land zurückkehrten, um zu kämpfen.

Die tragische Geschichte der Ukraine spielt sich vor unseren Augen ab. Von den Ereignissen vor Ort und dem Schicksal von Menschen im Krieg erfahren wir aber gerade aufgrund der unermüdlichen und heldenhaften Arbeit von Journalisten, Fotografen und Kameraleuten wie **Sławek Kamiński**. Sie gehen dorthin, wo wir nicht hin können. Dank ihnen bleiben wir informiert und werden zum Helfen animiert.

**Sławek Kamiński** gewann mehrere Preise und Auszeichnungen bei renommierten Pressefotowettbewerben. Er erhielt den ersten Preis für das Foto des Jahres 2019 beim Wettbewerb Grand Press Photo. Mit seiner Kamera dokumentiert seit mehr als 30 Jahren den politischen Wandel in Polen. Seine Arbeit erscheint in den meisten polnischen und vielen ausländischen Nachrichtenmedien und Büchern. Er war auch an wichtigen Werbeprojekten beteiligt. Zu sehen sind seine Pressefotos auf Wyborcza.pl und Reuters. (II/ehp)

---



# S?AWEK KAMINSKI: AN DER GRENZE

**Am Samstag, den 26. Februar 2022, mache ich mich um fünf Uhr morgens zusammen mit einem Kollegen spontan auf den Weg zur Grenze. Die russische Invasion ist bereits seit zwei Tagen im Gange.**

**Solche Reisen gehören zum Alltag eines jeden erfahrenen Fotografen, aber auch dieses Mal verspüren wir wie immer einen Nervenkitzel. Wir fahren in der Morgendämmerung Richtung Przemyśl. Auf dem Weg müssen wir tanken. Viele desorientierte Menschen. Leichte Panik.**

Wir schaffen es. Als erstes der Grenzübergang in Medyka. Ein riesiger Verkehrsstau, viele geparkte Autos. Menschentrauben warten auf Familienangehörige und Freunde.

Die erste Gruppe kommt. Ich habe in meinem Leben schon vieles gesehen, aber bei diesem Anblick schnürt sich meine Kehle zu. Junge Mütter, zu Fuß. Jede schiebt einen Kinderwagen, zieht einen Koffer hinter sich oder hält ein Kind an der Hand. Die polnischen Grenzschutzbeamten helfen ihnen. Sie sind ergriffen.

Alles sieht etwas anders aus als an der anderen Grenze, vor nicht allzu langer Zeit. Hier werden die Neuankömmlinge freundlich begrüßt, mit Tränen in den Augen. Freunde und Verwandte nehmen diese junge Frauen in ihren Autos mit. Sie sind nun in Sicherheit. Nicht weit weg – quasi nebenan – stehen zahlreiche Ukrainer, die in ihr Land zurück wollen. Es sind vor allem Männer. Sie werden gegen den Feind kämpfen.

Ich fahre weiter, zum Grenzübergang Korczowa. Am Abend dann Bahnhof in Przemyśl und Aufnahmestelle am Supermarkt.

Und so weiter, drei Tage lang.

Jedes Mal ist es anders. Immer mehr Flüchtlinge und immer mehr Helfer. Und sie helfen tatsächlich. Die Situation scheint unter Kontrolle zu sein. Die Geschäfte sind auf, es gibt Strom und man kann vorerst überallhin telefonieren. Die Kleider- und Lebensmittelberge werden immer größer. Alles wird gerne angenommen. Nur die Nachrichten von der Front werden immer schrecklicher.

Auf dem Rückweg überholt uns eine lange Militärkolonne. Die Lage ist ernst. Schließlich herrscht gleich hinter der Grenze ein echter Krieg.

Es kommen immer mehr ukrainische Flüchtlinge. Schon lange liegt ihre Zahl bei über einer Million.

Die meisten wollen in die Großstädte. Dort leben sie in Bahnhöfen, Stadien und Aufnahmezentren.




## EINE FRAGE AN ...

In unserer Rubrik „Eine Frage an ...“ beantwortet EWSA-Mitglied und Vorsitzender der Gruppe Europäisches Semester **Javier Doz** die Frage von EWSA info nach den wichtigsten Aufgaben dieser Gruppe im Jahr 2022.

***EWSA: „Sie sind Vorsitzender der Gruppe Europäisches Semester. Worin bestehen in diesem Jahr die wichtigsten Aufgaben der Gruppe?“***

---



## JAVIER DOZ: TÄTIGKEITEN DER GRUPPE EUROPÄISCHES SEMESTER

**Die Gruppe Europäisches Semester setzt sich aus 42 Mitgliedern zusammen, darunter der Vorsitzende und die beiden Stellvertreter Luca Jahier (Gruppe III) und Gonçalo Lobo Xavier (Gruppe I). Das Sekretariat unter der Leitung von Jakob Andersen zählt drei Mitarbeiter und wird von einer Praktikantin unterstützt. Vervollständigt wird die Gruppe durch 27 drittelparitätische nationale Delegationen mit insgesamt 39 weiteren Mitgliedern.**

Die Zuständigkeiten der Gruppe werden durch ihren Namen gut erfasst: Ihre Aufgabe ist es, die wirtschaftspolitische Steuerung der EU sowie die entsprechenden Verfahren und Inhalte – auch in den auf nationaler Ebene stattfindenden Phasen des Semesterzyklus – zu analysieren und dazu Stellung zu nehmen. Zu den verschiedenen Dokumenten im Rahmen des Herbst- und Frühjahrspakets des Europäischen Semesters, mit denen sich die Gruppe beschäftigt, gehören insbesondere der Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum sowie die beiden Stellungnahmen (eine erste und eine ergänzende Stellungnahme), die der Ausschuss jährlich zu diesem Bericht verabschiedet. Die Gruppe kommt zu fünf jährlichen Sitzungen zusammen, von denen eine – üblicherweise im Mai oder Juni – öffentlich stattfindet.

Ihr aktuelles Mandat nahm die Gruppe inmitten der COVID-19-Pandemie und vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels in der Reaktion der EU auf diese Krise im Vergleich zu der von 2008–2012 auf. Konkret handelt es sich hierbei um eine expansive Geld- und Fiskalpolitik und einen über EU-Anleihen finanzierten Aufbauplan im Umfang von 750 Mrd. EUR. Seither untersucht die Gruppe schwerpunktmäßig das Instrument *NextGenerationEU* und die damit verbundenen nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Dadurch kommt den nationalen Delegationen der Gruppe eine wichtigere Rolle zu, da diese wesentlich an der Ausarbeitung der beiden Entschließungen beteiligt sind, die der EWSA zu den Aufbauplänen verabschiedet. Gegenstand der ersten Entschließung, die auf der EWSA-Plenartagung im Februar 2021 verabschiedet wurde, war die Bewertung der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Ausarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Grundlage dafür waren die Standpunkte der nationalen Delegationen, die in einer Umfrage mit fünf Fragen

erhoben wurden, sowie verschiedene Debatten auf nationaler Ebene. In der Entschließung wurde kritisiert, dass die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen trotz der Bestimmungen der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) insgesamt gering und mangelhaft war.

Aktuell arbeiten die Gruppe und ihre nationalen Delegationen an einer neuen Entschließung, die auf der Plenartagung im Mai erörtert werden und eine inhaltliche Bewertung der Pläne, ihrer Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an ihrer Umsetzung enthalten soll. In diesem Fall umfasst die entsprechende Umfrage 21 Fragen. Berücksichtigt werden zudem die Schlussfolgerungen aus Diskussionsrunden wie den beiden Konferenzen auf nationaler Ebene, die gemeinsam mit den nationalen Wirtschafts- und Sozialräten in den beiden Ländern organisiert wurden, die einen größeren Betrag aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten werden: Italien und Spanien. Als Bezugsrahmen sollen hierbei die wichtigsten Bewertungen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne durch europäische Denkfabriken und die von der Taskforce „Aufbau und Resilienz“ bereitgestellten Daten dienen.

Nach Abschluss der Vorarbeiten zur zweiten Entschließung wird sich die Gruppe in erster Linie mit der Reform des Europäischen Semesters sowie mit der Prüfung des Investitionsbedarfs befassen, der sich aus dem europäischen Grünen Deal insbesondere mit Blick auf einen gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft und zu Klimaneutralität bis 2050 ergibt. Die Reform der Verfahren des Europäischen Semesters im Zusammenhang mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird Gegenstand der bevorstehenden Sitzung der Gruppe am 3. Juni sein. Zur Analyse des Investitionsbedarfs im Zusammenhang mit dem Grünen Deal wird die Gruppe vorschlagen, dass die Fachgruppen ECO und NAT im letzten Quartal dieses Jahres zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich die Gruppe in den kommenden Monaten in jedem Fall mit den wirtschaftlichen Folgen der russischen Invasion in der Ukraine sowie der Sanktionen auseinandersetzen werden muss, die die EU zur Unterstützung unseres Nachbarn und Verbündeten im Kampf um seine Souveränität beschlossen hat.

*Javier Doz*

*Vorsitzender der Ad-hoc-Gruppe Europäisches Semester*

# NEW PUBLICATIONS

TO THE POINT

## Zur Sache

In unserer Kolumne „Zur Sache“ bitten wir die EWSA-Mitglieder, die für sie zentralen Punkte ihrer Stellungnahmen zu erläutern. Diesmal haben wir Özlem Yıldırım gebeten, uns die Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Grundrechten zu erläutern.



# Ozlem Yildirim: Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt als Grundrecht

Die Umweltzerstörung und der Klimawandel wirken sich direkt und indirekt auf eine Reihe von Grundrechten (wie das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit oder das Recht auf Bildung) aus. Der EWSA hat sich erstmals mit diesem offensichtlichen Zusammenhang befasst, durch den die Fortschritte zunichte gemacht zu werden drohen, die in den vergangenen Jahrzehnten in den Bereichen Entwicklung, weltweite Gesundheit und Armutsbekämpfung erzielt wurden.

Der Informationsbericht „Umweltschutz als Voraussetzung für die Achtung der Grundrechte“ bot die Gelegenheit, wichtige Fragen anzugehen, insbesondere das Recht auf eine gesunde Umwelt als Grundrecht. Als Verfasserin dieses Berichts möchte ich betonen, dass die Europäische Umweltagentur (EUA) Luftverschmutzung als das größte Umweltrisiko für die Gesundheit in Europa betrachtet. Darüber hinaus verursacht die Luftverschmutzung als ernsthafte Gefahr für die Gesundheit erhebliche wirtschaftliche Kosten, da sie höhere Ausgaben im medizinischen Bereich, verminderte Produktivität, insbesondere durch Fehlzeiten am Arbeitsplatz, und geringere landwirtschaftliche Erträge zur Folge hat. Angesichts dieser Lage beobachten wir erfreut die Entstehung eines neuen Menschenrechts – des Rechts auf eine gesunde, sichere und nachhaltige Umwelt.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hängen 1,2 Milliarden Arbeitsplätze (40 % der Arbeitsplätze weltweit) von einer gesunden Umwelt ab. Wärmebelastung wird die Arbeitszeit bis zum Jahr 2030 weltweit um 2 % reduzieren, was 72 Millionen Arbeitsplätzen entspricht. Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung werden sich auf Produktivität, Gesundheit und Einkommen der Arbeitnehmer sowie die Ernährungssicherheit auswirken.

Deshalb heißt es in dem Informationsbericht: „Die EU muss sich als verlässlicher Partner auf der internationalen Bühne positionieren und in diesem Sinne Rechtsvorschriften stärken und umsetzen, die auf einem umfassenden menschenrechtsbasierten Ansatz für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen beruhen, um eine Richtschnur für Strategien und Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels vorzugeben und gleichzeitig die Rechte aller zu schützen. Insbesondere muss die EU stimmig vorgehen und Handelsabkommen stärker berücksichtigen.“

Der EWSA unterbreitet in seinem Bericht eine ganze Reihe von Vorschlägen, mit denen für eine Ausrichtung der Klimaschutzmaßnahmen der EU auf die Grundrechte gesorgt werden soll; insbesondere empfiehlt er die Annahme einer präzisen und koordinierten übergreifenden Strategie und weist darauf hin, dass der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zum Abschluss gebracht werden sollte. Schließlich fordert er, europäische Rechtsvorschriften – ein „Gesetz der EU zur Bekämpfung strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung“ – zu erlassen, um gegen missbräuchliche Klagen vorzugehen, mit denen Hinweisgeber, Journalisten, Verteidiger von Rechten und andere Wachhunde der Öffentlichkeit zum Schweigen gebracht werden sollen, und so in ganz Europa für einen starken und einheitlichen Schutz zu sorgen.

**Ozlem Yildirim, Mitglied des EWSA und stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit**

# EWSA




## Keine Sicherheit in Europa ohne Sicherheit für die Ukraine

**In einer spontanen Debatte, die von EWSA-Präsidentin Christa Schweng auf der Februar-Plenartagung eingeleitet wurde, verurteilten die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) den rechtswidrigen und grundlosen Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine. Die EWSA-Mitglieder bekundeten ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk. Sie forderten entschlossene Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene im Geiste der Einigkeit in diesen dramatischen Zeiten.**

Präsidentin **Christa Schweng** verwies gleich zu Beginn der Debatte darauf, wie kritisch diese Situation für Europa ist: „Wir sind heute Zeugen einer Aggression vor der Haustür der EU geworden. Wir erleben einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationalen Abkommen, darunter die Minsker Vereinbarungen. In diesen Stunden sind unsere Gedanken bei der Ukraine, ihrer Zivilgesellschaft und bei den unschuldigen Frauen, Männern und Kindern, die diesem grundlosen Angriff ausgesetzt sind und um ihr Leben fürchten müssen. Europa muss an der Seite der Ukraine und ihrer Zivilgesellschaft stehen“, so Präsidentin Schweng.

**Stefano Mallia**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, hob hervor: „Der Wunsch nach entschlossenem Handeln eint die EU. Ich war auf dem Maidan und ich erinnere mich deutlich an den großen Wunsch der Zivilgesellschaft, Teil Europas und der EU zu sein. Wir dürfen die Ukraine nicht aufgeben. Und wir müssen bereit sein, den Preis für die Anstrengungen und Maßnahmen zu zahlen, die notwendig sein werden.“

**Oliver Röpke**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer: „Es ist an der Zeit, unsere Stimme zu erheben und deutlich zu sagen, dass Europa dies niemals zulassen wird. Wir müssen zusammenstehen und auf diese Aggression reagieren. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine.“

**Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa, betonte: „Vor uns tut sich ein Abgrund auf – wir müssen den zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine zur Seite stehen. Vor allem muss die EU geeint sein und Solidarität mit unseren Nachbarn üben.“

Der Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen des EWSA, **Dimitris Dimitriadis**, erklärte, dass sich der EWSA darum bemühen wird, die ukrainische Zivilgesellschaft über die etablierten Kanäle wie die Plattform der Zivilgesellschaft EU-Ukraine und unsere bilateralen Kontakte weiter zu unterstützen. (at)



# Industriepolitik: Nachhaltigkeit muss Hand in Hand mit Wettbewerbsfähigkeit und strategischer Autonomie gehen

**Die EU muss die Prioritäten ihrer Industriepolitik angesichts der Pandemie und des Konflikts an der Ostgrenze Europas neu gewichten. Dies ist die Botschaft der Konferenz „Eine nachhaltige Zukunft für die europäische Industrie“, die am 4. März 2022 vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem französischen EU-Ratsvorsitz ausgerichtet wurde.**

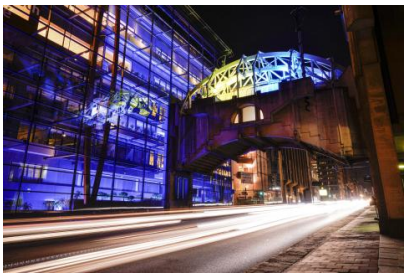
EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** unterstrich bei der Eröffnung der Konferenz die Notwendigkeit eines kooperativen Ansatzes in der EU-Industriepolitik: „Bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für die Industrie in der EU müssen wir partnerschaftlich mit Industrie, Behörden und Sozialpartnern zusammenarbeiten. Dabei dürfen wir niemanden zurücklassen.“

Während die EU immer noch mit den Folgen der COVID-19-Krise ringt, haben die dramatischen Ereignisse in der Ukraine den Kontinent erschüttert. Die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, **Margrethe Vestager**, betonte: „Die europäische Industrie muss ihre einseitigen externen Abhängigkeiten verringern. Wir müssen den Binnenmarkt außerdem vor äußeren Einflüssen schützen, sei es in Form verzerrender drittstaatlicher Subventionen oder der versuchten Einflussnahme durch ausländische Regierungen.“

Die meisten Redner sahen in dem Konflikt einen weiteren gewichtigen Grund dafür, die grünen Ziele noch stärker zu verfolgen. Einige waren allerdings der Ansicht, dass die Umstände ein Überdenken unserer grünen Ziele erfordern, und können sich sogar eine Rückkehr zur Kohle in Europa vorstellen. „Neue Faktoren wie Inflation, Verschuldung, Verteidigung und Energie zwingen uns zu einem kompletten Neuansatz in unserer Industriestrategie. Strategische Autonomie und Verteidigung sind das neue Gebot der Stunde“, mahnte MdEP **Carlo Calenda**.

**Thomas Courbe**, Generaldirektor für Unternehmen im französischen Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Konjunkturbelebung, ist ferner der Ansicht, dass der Übergang zu nachhaltiger Energie eine Modernisierungchance für die industrielle Basis Europas bietet. Der doppelte Übergang muss faire und sozial gerechte Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang mit dem Grundsatz hervorbringen, dass niemand zurückgelassen wird. „Ziel muss es sein, die Treibhausgasemissionen so weit wie möglich zu möglichst geringen sozioökonomischen Kosten zu verringern", ergänzte **Sandra Parthie**, Berichterstatterin für die Stellungnahme des EWSA zur style="color:blue">Aktualisierung der neuen Industriestrategie.

Abschließend betonte Binnenmarktkommissar **Thierry Breton**, dass es in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen entscheidend auf die Entwicklung einer kohärenten Vision für die Europäische Union und ihre Industrie ankommt. (gb/dm)



# Die anhaltende Aggression gegen die Ukraine erfordert eine weitere Stärkung des Projekts Europa

**Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) veranstaltete eine Konferenz zum Thema „Europa gemeinsam gestalten“. Mit Blick auf den nahenden Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas sollten dabei die bisherigen Arbeiten des Ausschusses zusammengefasst und der aktuelle Sachstand, die bevorstehenden Herausforderungen sowie die Ziele für die Zukunft erörtert werden.**

Eröffnet wurde die Debatte von EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**, die die jüngsten historischen Entwicklungen in der Ukraine ansprach und auf die einleitende Frage einging, ob nun der richtige Zeitpunkt sei, um über die Zukunft Europas zu diskutieren.

„Die Aggression gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung führt uns vor Augen, wie wichtig es ist, das Projekt Europa und europäische Grundwerte wie Frieden, Freiheit und Demokratie weiter zu festigen“, so **Präsidentin Schweng**.

Die Konferenz stelle eine wichtige Gelegenheit dar, die aktuelle Lage zu beurteilen und eine Bilanz der vergangenen Monate zu ziehen.

Der EWSA hat in allen Mitgliedstaaten Initiativen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durchgeführt, um eine ausgewogene Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten und Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die gesamte organisierte Zivilgesellschaft einzubeziehen, damit deren Standpunkte auf der Konferenz zur Zukunft Europas eingebracht werden. Darüber hinaus verabschiedete der Ausschuss eine Entschließung zu einem neuen Narrativ für Europa und veröffentlichte verschiedene Beiträge auf der Online-Plattform der Konferenz.

**Clément Beaune**, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten beim französischen Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, unterstrich in einer abschließenden Erklärung: „Zur Umsetzung der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sind Debatten und institutionelle Entscheidungen erforderlich. Der EWSA wird sich dafür einsetzen, dass dies auch zur Zufriedenheit aller geschieht.“

Der EWSA spielt bei der Konferenz zur Zukunft Europas im Rahmen seiner Ad-hoc-Gruppe sowie als Beobachter im Exekutivausschuss und Mitglied der Plenarversammlung eine überaus aktive Rolle. (ks)




## Wir müssen den langen Weg bis zur Gleichstellung der Geschlechter gemeinsam gehen

**Die vom EWSA anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März organisierte Konferenz zum Thema „Frauen auf dem Arbeitsmarkt“ war vom Krieg in der Ukraine überschattet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zollten den bewundernswerten Ukrainerinnen Respekt für ihre Stärke, ihren Mut und ihre Widerstandskraft.**

In ihrer Eröffnungsansprache wies EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** auf das gestiegene Risiko für die ukrainischen Frauen und Mädchen hin, auf der Flucht aus ihrem Land Opfer von Gewalt zu werden.

Auch **Maria Nikolopoulou**, EWSA-Mitglied und Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe Gleichstellung, betonte, dass Frauen, Mütter, Ehefrauen im Kriegsgebiet festsitzen: „Viele von ihnen greifen selbst zu den Waffen, andere versuchen, vor den Gräueln der Angriffe zu fliehen. Wir erheben gemeinsam mit den Zivilgesellschaften aller Länder unsere Stimme und fordern ein Ende des Krieges.“

Die COVID-19-Pandemie hat die genderspezifische Beschäftigungslücke weiter vertieft und auch zu einem Anstieg von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz geführt.

Die EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik **Helena Dalli** kündigte an, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine für alle Mitgliedstaaten bindende Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von häuslicher Gewalt vorlegen wird.

Nur 16 % der Beschäftigten im Bereich Künstliche Intelligenz sind Frauen. Das heißt, die 84 % Männer treffen in dieser Domäne sämtliche Entscheidungen und geben die Richtung vor. „Die Abwesenheit von Frauen in dieser Branche bedeutet, dass die gesamte Welt der Zukunft von Männern gestaltet wird, mit all der Voreingenommenheit, die möglicherweise ihr Denken bestimmt“, so Christa Schweng. *(at)*

---




## EU-Bio-Auszeichnungen

**Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) wird 2022 gemeinsam mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), dem Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der EU COPA-COGECA und der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen IFOAM zum ersten Mal die EU-Bio-Auszeichnungen verleihen und damit Exzellenz in der Bio-Wertschöpfungskette würdigen und die besten und innovativsten Bio-Akteure auszeichnen.**

Im Rahmen der **EU-Bio-Auszeichnungen** (#EUOrganic) werden in folgenden sieben Kategorien acht Preise verliehen:

1. Beste Bio-Landwirtin / bester Bio-Landwirt
2. Beste Bio-Anbauregion
3. Beste Bio-Stadt
4. Beste Bio-Region
5. Bestes Bio-KMU
6. Bester Bio-Lebensmitteleinzelhändler
7. Bestes Bio-Restaurant

Der EWSA setzt sich seit Jahren für eine nachhaltigere und ganzheitliche Lebensmittelpolitik in der EU ein und ist für drei Preise verantwortlich: bestes Bio-KMU, bester Bio-Lebensmitteleinzelhändler und bestes Bio-Restaurant. Das Bewerbungsformular kann hier abgerufen werden.

**Bewerbungen können vom 25. März bis 8. Juni 2022 online eingereicht werden.**

Die Preisverleihung findet anlässlich des EU-Bio-Tags am **23. September 2022** statt. Bei dieser Gelegenheit werden die Preisträger ihre innovativen Projekte vorstellen. Ein Preisgeld ist nicht vorgesehen.

Hintergrund

Die Kommission hat das Ziel vorgegeben, dass mindestens 25 % der landwirtschaftlichen Flächen bis zum Jahr 2030 ökologisch/biologisch bewirtschaftet werden sollen. Dazu hat sie im März 2021 den Aktionsplan zur Förderung der ökologischen/biologischen Produktion angenommen. Darin verfolgt sie den Ansatz, dass eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die ökologische/biologische Erzeugung und den ökologischen/biologischen Verbrauch und deren Vorteile wesentlich für deren Förderung sind. Deshalb sind jährliche Auszeichnungen als Teil der Strategie zur Verwirklichung dieses Ziels vorgesehen. (mr)

---




## EWSA-Plenartagung: Warten, bis es zu spät ist – das ist die größte Gefahr für die Klimawende

Auf seiner Plenartagung am 24. Februar legte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) seine Stellungnahme *„Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030* vor. Sie enthält konkrete Vorschläge dazu, wie sich die Energiewende beschleunigen lässt, damit die EU bis 2030 ihre Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % senken kann.

Die Umsetzung der überarbeiteten Ziele für 2030, wie in dem Paket „Fit für 55“ vorgeschlagen, wird sich auf die einzelnen Regionen, Gemeinden und Menschen in ganz Europa in unterschiedlicher Weise auswirken.

Um diesbezüglichen Bedenken entgegenzuwirken, empfiehlt der EWSA der Europäischen Kommission, eine detaillierte Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Energiewende auf die Beschäftigung und die Kompetenzen in den verschiedenen Ländern, Regionen und Branchen vorzunehmen, auch in Bezug auf Unterauftragnehmer und nachgelagerte Wertschöpfungsketten.

Wir müssen ein Modell wählen, das zu einer florierenden, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft führt. Daher empfiehlt der EWSA, alle im Rahmen von „Fit für 55“ vorgelegten Legislativvorschläge einer Prüfung in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit zu unterziehen, um Klarheit hinsichtlich aller Auswirkungen auf die Unternehmen zu schaffen.

Die Sozialpartner und die wichtigsten Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine entscheidende Rolle und müssen an der Planung und Umsetzung des Pakets „Fit für 55“ beteiligt werden.

„Deshalb befürwortet der EWSA die Einrichtung dreigliedriger **Ausschüsse für den gerechten Übergang**, in deren Rahmen die regionalen Gebietskörperschaften, die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft an der Umsetzung nationaler und regionaler Pläne für einen gerechten Übergang mitwirken können“, betonte **Cillian Lohan**.

Die Bekämpfung des Klimawandels wird gewaltige finanzielle, soziale und ökologische Folgen haben. „Wir müssen deshalb sicherstellen, dass das Paket „Fit für 55“ ein Sprungbrett und kein Hindernis für eine klimaneutrale Wirtschaft Europas bis 2050 darstellt“, erklärte **Stefano Mallia**. (mr)

---




## Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung – nur als Ausnahmen und nicht zulasten der gemeinsamen Werte der EU

Behördliche Notfallmaßnahmen sollten immer absolut verhältnismäßig und klar befristet sein und genau überwacht werden – so die eindeutige Forderung von **Christa Schweng**, Präsidentin des EWSA, und **Věra Jourová**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, auf der EWSA-Plenartagung am 23. Februar 2022.

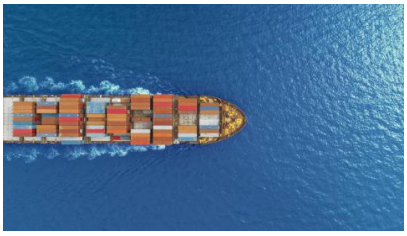
In Bezug auf die COVID-19-Krise und den Ausnahmezustand, der von vielen EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgerufen wurde und zu Einschränkungen einer Reihe von Grundrechten und Grundfreiheiten führte, erklärte **Präsidentin Schweng**: „Die Pandemie ist ein Stresstest für unsere Gesellschaften und unsere Demokratien. Der EWSA hielt es für besonders wichtig, die Situation unter dem Aspekt der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie sorgfältig zu beobachten. Deshalb haben wir genau zugehört, was Akteure der Zivilgesellschaft zu den Folgen, Herausforderungen und Ausstiegsstrategien im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise zu sagen hatten. Im Zuge der Überwindung dieser Krise muss die EU ihre gemeinsamen Werte stärken.“

Nach Ansicht von **Kommissionsmitglied Jourová** hat die Pandemie eindringlich vor Augen geführt, dass Grundrechte und demokratische Werte für unser tägliches Leben maßgeblich sind. Sie dürfen nicht als selbstverständlich angesehen werden: „Eine wichtige Erkenntnis aus der Gesundheitskrise besteht darin, dass die zur Bekämpfung der Pandemie erforderlichen Maßnahmen nicht zulasten des Schutzes von Grundrechten und demokratischen Werten gehen sollten. Wir müssen wachsam sein und unsere

Grundrechte und gemeinsamen Werte wahren, die für unsere Reaktion auf COVID-19 von zentraler Bedeutung sein sollten."

Der Standpunkt des EWSA zu den Auswirkungen von COVID-19 auf Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der EU und die Zukunft der Demokratie wird in einer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, die von **José Antonio Moreno Díaz** und **Cristian Pîrvulescu** im Rahmen der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit des EWSA erarbeitet wurde. In dem auf der Plenartagung verabschiedeten Text weist der Ausschuss darauf hin, dass die Sondermaßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise außerordentlich und zeitlich begrenzt bleiben und weder gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen noch die Demokratie, die Gewaltenteilung und die Grundrechte der Unionsbürgerinnen und -bürger in Frage stellen sollten. (mp)

---



## Grüner Wandel in der Schifffahrt muss menschlicher Gesundheit Rechnung tragen

**Bei der Ökologisierung des See- und Binnenschiffsverkehrs ist der Gesundheit und Lebensqualität der Menschen, die in der Nähe von Schifffahrtswegen und Häfen wohnen und arbeiten, Rechnung zu tragen So lautet der Tenor einer EWSA-Stellungnahme von Pierre Jean Coulon, die auf der Februar-Plenartagung verabschiedet wurde.**

In der Stellungnahme befasst sich der EWSA mit der gesellschaftlichen Dimension lokaler und regionaler Fragen der Schifffahrt und formuliert Empfehlungen für die künftige Verbesserung der blauen Wirtschaft. Zudem ergänzt er damit die Schlussfolgerungen zweier unlängst verabschiedeter Stellungnahmen: *FuelEU Maritime* (TEN/751) und *NAIADES III* (TEN/752).

Am Rande der Plenartagung erklärte **Herr Coulon**: „Wir brauchen einen innovativen und nachhaltigen Ansatz, der umwelt- und gesundheitspolitische Ziele vereint. Im Seeverkehr kann das oberste Ziel nur durch eine enge Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern der maritimen Wirtschaft und ihrer Lieferketten erreicht werden. Eine enge Zusammenarbeit ist auch erforderlich, wenn man die offensichtlichen Vorteile intermodaler Terminals nutzen will, die einen verstärkten Einsatz von Binnenschiffen für Transportaufgaben in Städten ermöglichen und somit zu einer besseren Lebensqualität beitragen".

Der Transport per Schiff macht etwa 75 % des Güterverkehrs in der EU aus. Deshalb ist es äußerst wichtig, durch einen integrierten Ansatz ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten herzustellen. Hafenverwaltungen und Verkehrsakteure sollten im Schulterschluss mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften das Verhältnis von Stadt, Häfen und Verkehrsakteuren neu bestimmen.

Zu den Aspekten, die noch angegangen werden müssen, gehören außerdem die Ausbildung des Personals, Beschäftigungsaussichten, die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die tiefgreifenden Veränderungen im Zuge der Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitsplätze. (mp)

---



## EWSA: EU muss einen wohlstandsorientierten wirtschaftlichen Rahmen bieten

**Der EWSA und die GD ECFIN haben im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte zum EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung eine Online-Konferenz abgehalten. Unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sollte ein Konsens über die Zukunft des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung erzielt werden.**

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erklärte eingangs, dass der EWSA statt einer Rückkehr zum Normalbetrieb einen überarbeiteten und ausgewogenen wohlstandsorientierten Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung fordert. Alle Interessenträger, einschließlich der Organisationen der Zivilgesellschaft, müssten eingebunden werden. Wirtschaftskommissar **Paolo Gentiloni** zufolge „wird es nicht leicht sein, rechtzeitig für 2023 einen Konsens zu erzielen. Wir müssen aber diese einmalige Chance wahrnehmen, um unsere Haushaltsvorschriften mit unseren Bemühungen um ein starkes, nachhaltiges und inklusives Wachstum in Europa in Einklang zu bringen“. **Margarida Marques, Mitglied des Europäischen Parlaments,** stellte anschließend den Bericht des EP über die Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens vor. In der anschließenden allgemeinen Aussprache ging es um die Frage, wie sich mithilfe eines überarbeiteten Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung die Herausforderung der Investitionslücke lösen lasse, um den grünen und den digitalen Wandel zu verwirklichen. EWSA-Berichterstatterin **Dominika Biegon** stellte ihre Initiativstellungnahme „Neugestaltung des haushaltspolitischen Rahmens der EU für einen nachhaltigen Aufschwung und einen gerechten Übergang“ vor. (tk)

---



## Neuer Direktor des EWSA für Kommunikation und interinstitutionelle Beziehungen

**Alexander Kleinig** ist der neue EWSA-Direktor für Kommunikation und interinstitutionelle Beziehungen. Herr Kleinig begann seine Laufbahn 1996 als Verwaltungsrat im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Im Jahr 2005 wechselte er zur GD COMM des Europäischen Parlaments. Dort war er zwischen 2011 und 2018 als Projektleiter für die Eröffnung und Verwaltung des Parlamentarium-Besucherzentrums zuständig.

„Ich bin beeindruckt von der Qualität der Debatten und der Professionalität der Bediensteten des Ausschusses. Überall treffe ich auf Kolleginnen und Kollegen, die engagiert, enthusiastisch und stolz auf ihre Arbeit sind. Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, wie herzlich mich die Mitarbeiter der Direktion D aufgenommen haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich meiner Vorgängerin, Eleonora Di Nicolantonio, danken, die die Direktion in der Vergangenheit so hervorragend geleitet hat.“

# AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



## Ein neues Europa erwacht

**von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber**

**„Solange wir nicht lieben, schlafen wir“, schrieb Lew Tolstoi in seinem epochalen Meisterwerk *Krieg und Frieden*.**

**Hätte Wladimir Putin das Werk seines Landsmannes aufmerksam gelesen, so hätte er verstanden, dass Europa, als Russland die Krim annektierte, vielleicht schlief, dass ein geeinter Kontinent, der Schauplatz zweier Weltkriege war, eines Tages jedoch erwachen würde.**

Dieser Tag ist nun gekommen: Europa ist aus Liebe zur Ukraine erwacht. In den vergangenen Tagen wurden wir Zeugen, wie sich ein Kontinent in ein Land verliebte, das sich gegen einen Aggressor auflehnt und für seine Selbstbestimmung, seine Freiheit und seine demokratischen Werte kämpft.

Unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat die EU Maßnahmen auf den Weg gebracht, die vor einem Monat noch undenkbar waren. Im Angesicht des Krieges in der Ukraine beweisen die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger ihre Menschlichkeit und stellen Frieden und Freiheit über Wirtschafts- und Handelsinteressen.

Um Russlands Finanzsystem, seine High-Tech-Industrie und seine korrupte Elite zu schwächen, verabschiedete die EU in Rekordgeschwindigkeit ihr bis dato größtes Sanktionspaket. Diese Sanktionen werden die russische Wirtschaft und den Kreml schwer treffen, gleichzeitig aber auch mit Kosten für die europäische Wirtschaft verbunden sein.

Das Wiedererwachen Europas ist in allen Politikbereichen ersichtlich. Wenn Europa weiterhin in Frieden leben will, muss es endlich eine starke Außenpolitik sowie eine gemeinsame Verteidigungspolitik aufbauen. Was lange nicht möglich schien, ist nun Realität: Der Krieg hat Einzug in Europa gehalten.

Die EU musste ihren Wunsch nach Frieden erst wiederentdecken, um ihre Mission weiter voranzubringen. Anstatt Europa zu teilen, hat Putin uns alle in dieser Mission geeint.

Vollständiger Artikel (in englischer Sprache): https://timesofmalta.com/articles/view/the-awakening-of-a-new-europe-stefano-mallia.938838 (dv/kr).



## Weltfrauentag 2022

**von Maria Nikolopoulou, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer**

**Der diesjährige Weltfrauentag wird von der COVID-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine überschattet. Beide Ereignisse zeigen deutlich, dass die Frauenrechte in Zeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Instabilität erheblich leiden.**

Arbeitnehmerinnen waren besonders stark betroffen: Infolge der Pandemie haben mehr Frauen als Männer ihren Arbeitsplatz verloren, und für viele Frauen war es schwerer, in Telearbeit Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Während der Lockdowns hat zudem die häusliche Gewalt zugenommen. Zuvor schon bestehende strukturelle Ungleichheiten wurden durch die Pandemie verschärft.

Im Krieg werden Prioritäten neu geordnet, und der Kampf ums Überleben rückt an erste Stelle. Frauen erfahren in ihrer Rolle als Mutter, Erzieherin, Arbeitnehmerin, Kämpferin oder Flüchtling körperliches und seelisches Leid. Ihnen bleibt nur die Option „Augen zu und durch“.

Die Gewerkschaftsbewegung und die Gruppe Arbeitnehmer des EWSA wollen und müssen ihre Solidarität mit all den Frauen bekunden, deren Leben und Rechte gerade auf dem Spiel stehen. Frauen aller Länder, vereinigt euch, um Frieden zu schaffen und allen eine gerechte Zukunft in Wohlstand zu sichern!

---



## Organisationen der Zivilgesellschaft aus der EU-27 fordern sofortige Klimaschutzmaßnahmen unter ihrer Regie

**von der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa**

**Auf einer Konferenz in Paris forderten zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa eine gerechte und inklusive Klima- und Energiewende, bei der die Bürgerinnen und Bürger, die Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere junge Menschen einbezogen werden.**

Der Schlüssel zum Erfolg sind ihrer Ansicht nach Dialog, Zusammenarbeit und Abstimmung auf allen Ebenen, ebenso wie umfangreiche Investitionen in die Ausarbeitung von Notfallplänen und in Maßnahmen zur Anpassung an klimatische Veränderungen und die Energiewende. Es sollte verstärkt auf nachhaltige Finanzierungsquellen, gestützt auf ein starkes Engagement der Behörden, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger, gesetzt werden, ebenso wie auf erneuerbare, erschwingliche und in der EU erzeugte Energie. Zudem sollte für einen effizienten Verbrauch gesorgt werden.

Die **Konferenz** zum Thema „Klimawandel und Energiewende“ fand am 2. März 2022 in der *Académie du Climat* statt und wurde von der Gruppe Vielfalt Europa des EWSA im **Hybrid-Format** ausgerichtet. Bei der Veranstaltung wurde auf die vielschichtigen und miteinander verknüpften Aspekte des Themas wie u. a. die gesellschaftliche und die geopolitische Dimension, die Rolle der Werbung und der Haltung der Bürger sowie lokale, einzelstaatliche und europäische Maßnahmen eingegangen.

**Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Vielfalt Europa, eröffnete die Konferenz und betonte, dass – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Berichts des UN-Weltklimarates, der am Rande der Konferenz vorgestellt wurde, – dringend wirksame und sofortige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung der Energiewende ergriffen werden müssen. „Der Klimawandel und die Energiewende sind dringliche Themen, die uns alle angehen. Ebenso wie beim Frieden geht es hier um unsere gemeinsame Zukunft, um Werte und die Menschheit. Deshalb dulden diese Themen auch in diesen turbulenten Zeiten keinen Aufschub“, erklärte er.

**Herr Boland** betonte, dass die Zivilgesellschaft eine grundlegende Rolle dabei spielt, die Dynamik für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel in den Kommunen und bei den Bürgerinnen und Bürgern voranzutreiben und aufrechtzuerhalten. Er machte deutlich, dass ...

Wenn Sie weiterlesen möchten, können Sie die vollständige Pressemitteilung zur Konferenz der Gruppe Vielfalt Europa unter folgender Adresse abrufen: Organisationen der Zivilgesellschaft aus der EU-27 fordern sofortige Klimaschutzmaßnahmen unter ihrer Regie | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (europa.eu) (nur auf Englisch und Französisch verfügbar).

Biografien und Fotos der einzelnen Gastrednerinnen und Gastredner finden Sie hier: Klimawandel und Energiewende | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (europa.eu) (nur auf Englisch und Französisch verfügbar).

# SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS




## Kulturelle Veranstaltungen des EWSA

**Anlässlich der Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft 2022 und des Internationalen Frauentages fanden verschiedene kulturelle Veranstaltungen statt.**

Am 2. März gab das internationale Percussion-Trio **TrashBeatz**, das „Musik mit Müll“ macht, eine außergewöhnliche Musikdarbietung. Ihr Motto „Reduce-Reuse-Recycle your trash“ entsprach hervorragend dem Thema der diesjährigen Konferenz der Interessenträger (#CircularEconomy). Sie können sich die Show auch online anschauen.

Der EWSA zeigte die künstlerische Darbietung „...because I‘m a woman“ der talentierten jungen polnischen Künstlerin Patrycja Alenkuć. Der Clip bot eine Tanzdarbietung mit eingebautem Storytelling. Im Mittelpunkt stand die Resilienz von Frauen, die diese trotz unzureichender Unterstützung unabhängig von Alter, Gesellschaftsschicht, Land, Beruf oder anderen Faktoren unter Beweis stellen. „...because I‘m a woman?“ war einer der Höhepunkte der EWSA-Konferenz *Frauen auf dem Arbeitsmarkt* und bildete einen künstlerischen Abschluss der verschiedenen Veranstaltungen des Tages. (ck)




## „Your Europe, Your Say!" 2022

**Am 31. März und 1. April 2022 wird die Jugendveranstaltung „Your Europe, Your Say!“ 2022 ausschließlich online stattfinden. „Die Wahrheit über Lügen – Jugendliche entlarven Fake News und Desinformation“ lautet das Thema, mit dem sich die Schülerinnen und Schüler beschäftigen werden.**

Bis zum 25. März werden EWSA-Mitglieder noch die ausgewählten Schulen besuchen. Die Schülerinnen und Schüler können es bestimmt schon kaum noch erwarten, bis sie dann am 31. März und 1. April an der Reihe sind. Im abschließenden Plenum der Jugendveranstaltung wird **die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová zu den 99 Schülerinnen und Schülern sprechen**, ihre Empfehlungen entgegennehmen und sich zu ihren politischen Forderungen äußern. Für weitere Informationen folgen Sie „Your Europe, Your Say!“ in den sozialen Medien unter https://www.facebook.com/youreuropeyoursay.

Das Programm ist hier online abrufbar. (ck)


## Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Chrysanthi Kokkini (ck)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Jasmin Kloetzing (jk)
Karen Serafini (ks)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

## Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)

# Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

04/2022